

**Mitteilung von Landrat Michael Makiolla auf der Sitzung des Kreistages am 05.11.2019 zum Thema „Kohleausstieg“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der letzten Sitzung des Kreistages am 08.10.2019 habe ich Sie über den Sachstand bei der Umsetzung der Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ der Bundesregierung informiert.

Seither hat es auf der Ebene des Gesetzgebers weitere Entwicklungen gegeben, über die ich heute berichten möchte.

Wie ich bereits erwähnt habe, wird der Kreis Unna neben 4 anderen Ruhrgebietskommunen im Entwurf der Bundesregierung für ein „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“ ausdrücklich als betroffene Region benannt.

Das ist ein großer politischer Erfolg für uns alle und gibt uns die Gelegenheit, bevorzugt Empfänger von Fördergeldern des Bundes zu werden.

Voraussichtlich sollen bis zum Jahr 2038 600 Millionen bis 1 Milliarde Euro den im Gesetz genannten 5 Ruhrgebietskommunen zur Verfügung gestellt werden.

Die Landesregierung von NRW hat nun völlig überraschend im Wirtschaftsausschuss des Bundesrates einen Änderungsantrag zu diesem Gesetzentwurf eingebracht, der zum Ziel hat, dass nicht nur die 4 erwähnten Ruhrgebietsstädte und der Kreis Unna von den Strukturhilfen profitieren sollen, sondern auch das „regionale Umfeld“.

Damit wird die räumliche Förderkulisse auf benachbarte Großstädte und das südliche Münsterland erweitert mit der Folge, dass voraussichtlich weniger Fördergelder für den Kreis Unna zu Verfügung stehen werden.

Diese Initiative der Landesregierung im Bundesrat richtet sich gegen die originären Interessen des Kreises Unna und der anderen 4 Ruhrgebietskommunen und sollte daher politisch verhindert werden.

Der Staatssekretär im NRW-Wirtschaftsministerium, Christoph Dammermann, hat mir gestern per Facebook mitgeteilt, dass meine Befürchtungen in dieser Sache „Unsinn“ seien und „jeder Grundlage“ entbehren.

Ich nehme Herrn Staatssekretär Dammermann beim Wort und hoffe, dass er mit dafür sorgt, dass meine Bewertung der Gesetzesänderung nicht zutrifft.

Ich appelliere daher an alle Parteien im Kreis Unna, auf die Landesregierung und auf ihre Abgeordneten im Landtag einzuwirken, damit Herr Dammermann recht behält.

Ferner plant die Landesregierung, die Business Metropole Ruhr (BMR), also die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Ruhrgebietes, mit der Verwaltung der Fördermittel für die Steinkohleregionen zu beauftragen.

Das begrüße ich ausdrücklich.

Anders als beim rheinischen Braunkohlerevier soll die neu zu bildende Geschäftsstelle für diese Aufgabe nicht zu 100 % vom Land NRW finanziert werden, sondern nur zu 90 %.

Der 10%ige Eigenanteil muss dann vom RVR aufgebracht werden, der sich über die Kreise und kreisfreien Städte finanziert.

Hier behandelt die Landesregierung das Ruhrgebiet wieder einmal schlechter als das Rheinland.

Auch das sollten wir uns nicht so ohne weiteres gefallen lassen.

Auch hier bitte ich alle Parteien im Kreis Unna Einfluss auf die Landesregierung zu nehmen, um unsere originären Interessen zu verteidigen.

Der Kommunalrat des RVR wird sich in dieser Angelegenheit parteiübergreifend mit einem kritischen Brief an die Landesregierung wenden.